Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 20 (1993)

Heft: 4

Artikel: Interview zur schweizerischen Asylpolitik : vom Asyl- zum

Einwanderungsgesetz

Autor: Rusconi, Giuseppe / Scheidegger, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910335

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Interview zur schweizerischen Asylpolitik

Vom Asyl- zum Einwanderungsgesetz



Urs Scheidegger, der neue Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge.

1991 wurden in der Schweiz 42000 Asylgesuche gestellt, 1992 waren es 18000, und bis Ende 1993 ist mit einem erneuten Anstieg auf 25 000 zu rechnen. Daneben gewährt die Schweiz seit Juli 1992 etwa 5000 Opfern des Krieges in Ex-Jugoslawien vorübergehend Aufnahme. Die grösste Gruppe von Asylsuchenden (45 Prozent), die in der ersten Hälfte dieses Jahres ein Gesuch stellten, sind ehemalige Jugoslawen, gefolgt von Somaliern, Tamilen, Albanern und Türken. Vor allem bei letzteren stellen sich Probleme bei der Bearbeitung der Asylgesuche, da der Begriff «Türken» auch die Kurden einschliesst, deren Meinungsfreiheit in der Türkei stark eingeschränkt ist.

Die Asylfrage ist bekanntlich ein internationales Problem. Aus den Ländern des Südens und aus Osteuropa strömen Massen von Flüchtlingen auf der Suche nach Schutz und Arbeit nach Westeuropa. Sie berufen sich auf das Asylrecht und hoffen, von einem Land aufgenommen zu werden, in dem es ihnen nur besser gehen kann als in ihrer angestammten Heimat. Auch in der Schweiz fordern die Flüchtlinge Recht auf Asyl. Urs Scheidegger, FDP-Nationalrat aus Solothurn und neuer Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF), nimmt zum Thema Asylpolitik Stellung.

«Schweizer Revue»: Herr Scheidegger, welchen Schwierigkeiten sieht sich die Asylpolitik heute hauptsächlich gegenübergestellt?

Urs Scheidegger: Mit dem dramatischen Anstieg der Asylbewerberzahlen Mitte der 80er Jahre wurde deutlich, dass immer mehr arbeitssuchende Ausländer versuchten, über das Asylrecht nach Westeuropa einzuwandern. Der prozentuale Anteil derjenigen Ausländer, die als Flüchtlinge auf Schutz angewiesen waren, ging in allen westeuropäischen Aufnahmeländern zurück. Unser Asylgesetz, mit dem Zweck, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, wurde in zunehmendem Masse zu einem «Einwanderungsgesetz» umfunktioniert. Aufgrund dieser Sachlage ist inskünftig eine Gesamtbetrachtung der Einwanderungsproblematik notwendig. Dieser Einschätzung sind auch die eidgenössischen Räte gefolgt, indem sie eine Motion, die eine gesamtheitliche Migrationspolitik und ein Migrationsgesetz verlangt, überwiesen haben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Asylgesuche in der ersten Hälfte dieses Jahres zwar etwas zugenommen, doch im Vergleich zum Rekordjahr 1991 ist die Lage zur Zeit relativ entspannt. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass heute mehr Gesuche entschieden werden können als neu eingereicht werden.

Der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien ist nach wie vor eines der zentralen Probleme im Asylbereich. Es lässt sich heute nicht sagen, wieviele Bürgerkriegsopfer von den westeuropäischen Ländern noch aufgenommen werden müssen.

Wie kann die Schweiz die Asylproblematik in Zukunft in den Griff bekommen?

Wunderlösungen gibt es leider gerade im Asyl- und Migrationsbereich nicht. Aber pragmatische Von-Tag-zu-Tag-Entscheide reichen auch nicht aus. Wir sind jedoch in der Schweiz in der glücklichen Lage, dass zur Zeit eine wichtige Asylgesetz-Revision im Gange ist, dass

Jedes Land ist «zu klein, um das ganze Elend der Welt beherbergen zu können.» Unser Bild: Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien. (Fotos: RDZ) ferner die Weichen für eine Migrationsgesetzgebung gestellt sind. Diese zwei Elemente müssten ergänzt werden durch eine Flüchtlingspolitik. Diese beinhaltet auf der einen Seite ein koordiniertes Vorgehen mit den europäischen Staaten. Auf der anderen Seite besteht sie aus Massnahmen in potentiellen Emigrationsländern, um dort in gezielter Weise Migrationsströme zu minimieren.

Was allerdings erwähnt werden muss, ist die prekäre Finanzlage von Bund, Kantonen und Gemeinden. Auch im Asylbereich müssen finanzpolitische Grenzen gesehen werden.

Und ein letztes: ein französischer sozialdemokratischer Parlamentarier hat richtig gesagt, dass sein Land zu klein sei, um das ganze Elend der Welt beherbergen zu können. Und das gilt auch für die Schweiz, obwohl wir auch immer Platz für echte Asylsuchende haben müssen.

Interview: Giuseppe Rusconi

